

Inhaltsverzeichnis

2-5 DSW-Mitteilungen

- 2 Geldvermögen: Gefangen in der Zinsfalle
- 2 Experten-Tipp: Umstrittene Risikostreuung: Schweizer Nationalbank hält mehr Facebook-Aktien als Mark Zuckerberg
- 3 ThyssenKrupp: Machtverschiebung beim Stahlgiganten
- 4 DSW-Aufsichtsratsstudie: Ulrich Lehner ist mächtigster Kontrollleur
- 4 In eigener Sache: DSW baut Einfluss in Europa massiv aus
- 5 HAC-Marktkommentar: Was sagt die technische Analyse zur Lage an der Börse?

6 Aktivitäten der Landesverbände

- 6 Das ewige Widerrufsrecht bei Lebensversicherungen

7 Konjunkturmonitor

Wachsende Wirtschaft

8 Börsenmonitor

Kalte Jahreszeit, heiße Börsen

9 Veranstaltungen

9 Impressum

10 Mitgliedsantrag

Gabriels Chaostage?



Liebe Leserin, lieber Leser,

Aktionäre der Aixtron SE und der OSRAM Licht AG haben in den letzten Wochen ein Wechselbad der Gefühle durchmachen müssen. Insbesondere die Aktionäre der Aixtron SE hat es kalt erwischt, nachdem die Übernahme durch einen chinesischen Investor eigentlich bereits schon mehr als sicher galt.

Plötzlich zieht unser Wirtschaftsminister die bereits erfolgte Genehmigung des Verkaufes zurück. Heute wissen wir, dass dieser Sinneswandel vor allen Dingen darauf beruhte, dass von US-amerikanischer Seite her interveniert wurde und der Aachener Maschinenbauer plötzlich von hoher Sicherheitsrelevanz sein soll. Dies überrascht doch sehr, da die dem Bundeswirtschaftsminister unterstellte Behörde, die hier die Genehmigung zurückgezogen hat, die Aixtron SE seit über 30 Jahren kennt und jede einzelne Maschine, die in Richtung China oder Korea versendet wurde, zuvor unter die Lupe genommen hat. Auch darf man nicht vergessen, dass Aixtron selbst gar keine Chips herstellt und auch hier keine entsprechenden Patente oder Kenntnisse hat. Und so scheint es doch eher, als habe sich unser Wirtschaftsminister vor den Karren der US-Wirtschaftsinteressen spannen lassen. Denn eins ist auch klar: Sollte Aixtron an die Chinesen gehen, hätten US-Konkurrenten des Aachener Maschinenbauers in China deutlich schlechtere Karten, wenn es zukünftig um die Vergabe von neuen Aufträgen geht, die doch ziemlich sicher erscheinen. Aixtron-Aktionäre sollten den Eingriff in ihre Eigentumsposition nicht als gottgegeben hinnehmen. Sie haben auf eine Entscheidung der zuständigen Behörde vertraut und durften das auch. Dies gilt sowohl in juristischer Hinsicht in Form von möglichen Entschädigungsansprüchen als auch darüber hinaus. Dass Gabriel die Aixtron-Aktionäre nun zu Geiseln seiner neuen außenpolitischen Strategie macht, ist schlichtweg nicht akzeptabel. Daher prüfen wir derzeit Ersatzansprüche der betroffenen Aixtron-Aktionäre, sofern unser Bundeswirtschaftsminister weiterhin die Genehmigung versagt.

Betroffene Aktionäre können sich bei der DSW unter 0211/6697-53 oder per Email unter marc.tuengler@dsw-info.de melden.

Ihr Marc Tüngler

Geldvermögen: Gefangen in der Zinsfalle

Die Zahl ist so imposant, dass man sie sich kaum noch bildlich vorstellen kann: 5,4 Billionen Euro – auf diesen Rekordwert ist das Geldvermögen der Deutschen laut den neuesten Zahlen der Bundesbank im zweiten Quartal 2016 angewachsen.

Trotz der andauernden Niedrigzinsphase, die den Sparern seit Jahren Zinsen von nur noch knapp über Null beschert, ist das Geldvermögen um 0,8 Prozent oder rund 44 Milliarden Euro gegenüber dem Vorquartal gestiegen. Getrieben wurde dieser Zuwachs vor allem durch steigende Löhne, eine geringe Arbeitslosenzahl und die leicht erhöhte Aktienquote in den Depots der Anleger. „Auf den ersten Blick scheint das ja eine durchaus positive Entwicklung zu sein. Eine genauere Analyse würde aber zeigen, dass hier insbesondere diejenigen profitieren, die ihr Kapital in Aktien anlegen. Und das ist hierzulande leider nach wie vor eine sehr kleine Gruppe“, sagt Marc Tüngler, Hauptgeschäftsführer der DSW. Das Gros der Bundesbür-

ger verharre dagegen weiter in der Falle der Niedrigzinsen und setze vor allem auf Tages- oder Festgelder – also Sparformen, die bereits vor Inflation eine Rendite von nahe Null bringen.

Gerade einmal knapp 15 Prozent des gesamten Geldvermögens sei in Aktien oder Aktienfonds investiert. „Der große Rest liegt bei Versicherungen, die in erster Linie in niedrigverzinsliche Anleihen investieren, sowie in verzinslichen Sparanlagen oder gleich gänzlich zinslos auf dem Girokonto“, erklärt Tüngler. Dieses Geld bringt nicht nur kaum noch Rendite. Zudem ist es auch – im Gegensatz zu Aktien – dem realen Wertverlust durch Inflation direkt unterworfen. „Die aktuell wieder leicht anziehende Inflationsrate in Europa, ist für die Europäische Zentralbank zwar ein Grund zur Freude, den Sparern wird damit aber endgültig der Boden unter den Füßen weggezogen“, sagt Tüngler. „Politiker, die wirklich etwas gegen die drohende Altersarmut unternehmen wollen, müssten jetzt so etwas wie eine konzertierte Aktion für das Anlegen und die Aktie starten, statt neue Steuern zu erfinden oder für diese Anleger zu erhöhen“, fordert der DSW-Mann.

Experten-Tipp von Jella Benner-Heinacher

Rechtsanwältin und stellvertretende DSW-Hauptgeschäftsführerin

Umstrittene Risikostreuung: Schweizer Nationalbank hält mehr Facebook-Aktien als Mark Zuckerberg

Frage: Meine Tochter ist seit einiger Zeit stark bei Facebook unterwegs. Mich interessiert die Gesellschaft auch, aber eher als attraktives börsennotiertes Unternehmen. Immerhin hat der Kurs seit dem IPO eine rasante Entwicklung hinter sich. Ich habe nun eine Frage zur Aktionärsstruktur von Facebook. Nach meinen Informationen hält Mark Zuckerberg, der Gründer von Facebook, nach wie vor noch die meisten Anteile. Jetzt habe ich aber gelesen, dass die Schweizerische Nationalbank (SNB) inzwischen der größte Einzelaktionär der AG ist. Könnten Sie mir erklären, was nun stimmt? Und weshalb investiert eine Nationalbank überhaupt in Aktien? Macht das die Europäische Zentralbank (EZB) auch so?

Antwort: Nach uns vorliegenden Informationen soll tatsächlich die Schweizer Nationalbank (SNB) inzwischen mehr Facebook-Aktien halten als Gründer Mark Zuckerberg. Dieses Aktieninvestment hängt wohl vor allem mit der Unsicherheit der

Märkte zusammen. Viele Anleger flüchten in den vermeintlich sicheren Hafen des Schweizer Franken. In der Folge steigt der Kurs des Franken und macht so die Exporte der Schweizer Industrie teuer. Um den Franken zu schwächen, investiert die SNB in Aktien und Anleihen in Euro und US-Dollar. Etwa 20 Prozent des Devisenportfolios soll inzwischen aus Aktieninvestments bestehen. Hintergrund dieser Strategie ist vor allem die Risikostreuung. Allerdings ist diese Investmentstrategie auch nicht unumstritten, da sie auch Risiken, wie Kursverluste birgt. Im Übrigen mag die SNB zwar größter Einzelaktionär bei Facebook sein, die Machtverhältnisse sind aber nach wie vor klar: Laut dem Geschäftsbericht von Facebook von 2015 gibt es Class A Aktien mit einem einfachen

Stimmrecht und Class B Aktien mit einem zehnfachen Stimmrecht. Insgesamt kommt Zuckerberg dank dieses Mehrstimmrechtes für Class B Aktien somit auf einen Anteil am stimmberechtigten Grundkapital von insgesamt 60,1 Prozent. Bisher haben weder die Europäische Zentralbank (EZB) noch die US-Notenbank Fed in Aktien investiert und sind somit auch nicht dem Beispiel der SNB gefolgt.





ThyssenKrupp: Machtverschiebung beim Stahlgiganten

Am 27. Januar wird der Essener DAX-Konzern ThyssenKrupp als einer der ersten Konzerne des Landes die neue HV-Saison eröffnen. In den vergangenen Jahren waren die Hauptversammlungen des Stahlkonzerns nicht gerade von Harmonie und Eintönigkeit geprägt. Milliardenenteure Investitionsgräber in Südamerika, Korruptionsvorwürfe und eine von der DSW angestoßene Sonderprüfung sorgten für erheblichen Diskussionsstoff. Doch Konzernchef Heinrich Hiesinger schaffte es gemeinsam mit dem Großaktionär ThyssenKrupp Stiftung (hält 23 Prozent) letztlich, die Wogen zu glätten und den Konzern wieder auf Kurs zu bringen.

Mittlerweile haben sich die Machtverhältnisse allerdings verschoben. Finanzinvestor Cevian hat seinen Anteil am DAX-Konzern deutlich aufgestockt und soll Gerüchten zufolge inzwischen über einen nahezu gleichgroßen Anteil wie die Stiftung verfügen: „Damit wird der Einfluss des Finanzinvestors massiv steigen. Und es ist schon jetzt klar, dass die Hauptversammlung wirklich spannend werden wird“, erläutert Thomas Hechtfisher, DSW-Geschäftsführer und langjähriger HV-Sprecher der Aktionärsschützer bei ThyssenKrupp.

So könnte Investor Cevian, der mit Jens Tischendorf bereits einen Vertreter im Aufsichtsrat hat, mit Blick auf die Stiftung einen zweiten Sitz fordern. Schließlich gibt es in der Unternehmenssatzung des Konzerns ein sogenanntes Entsenderecht für die Stiftung. Da sie mehr als 15 Prozent der Anteile hält, darf sie zwei Sitze im 20köpfigen Kontrollgremium besetzen. „Man muss kein Prophet sein, um zu mut-

maßen, dass Cevian auch auf einen zweiten Sitz drängen könnte“, so Hechtfisher.

Doch es geht nicht nur um die Frage der Aufsichtsratssitze. Gleich mehrere weitere Unruheherde drohen auf der Hauptversammlung im Januar aufzubrechen: So gilt Cevian als fordernde Kraft, wenn es darum geht, Mischkonzerne wie ThyssenKrupp in seine Einzelteile zu zerlegen. Beim Anlagenbauer ABB hat der Investor dies aktuell vorexerziert. In Deutschland kennt man den schwedischen Investor ebenfalls: Bei BilfingerBerger hat Cevian die Zerschlagung mit vorangetrieben.

Bei ThyssenKrupp steht schon länger die Forderung im Raum, die Stahlsparte Thyssen mit dem indischen Konkurrenten Tata zusammenzulegen. Auch einige institutionelle Investoren, wie etwa Fondsgesellschaften befürworten das. „Eine Lösung für die Stahlsparte wäre ein Befreiungsschlag“, sagt etwa Union-Investment-Fondsmanager Ingo Speich.

Doch was im Ruhrpottdeutsch fast liebevoll als „Thy-Tata“ (Thyssen-Tata) bezeichnet wird, ist für das Verhältnis zwischen Cevian und der Stiftung purer Sprengstoff. Schließlich ist ein Stiftungsziel, die Einheit des Unternehmens im Kern zu bewahren.

Die Idee, die Bereiche des Unternehmens neu zu ordnen, ist indes auch im Management längst angekommen. Selbst Konzernchef Hiesinger hatte im Herbst 2014 öffentlich erklärt, dass ThyssenKrupp „kein Stahlkonzern mehr“ ist und damit einen möglichen Umbau zumindest angedeutet. Wie genau eine solche Neuordnung aussehen könnte, hat er offen gelassen.

DSW-Aufsichtsratsstudie: Ulrich Lehner ist mächtigster Kontrolleur

Wie einflussreich sind Deutschlands Top-Aufsichtsräte? Und wer ist der mächtigste Kontrolleur im Land? Dieser Frage geht die DSW alljährlich in ihrer Aufsichtsratsstudie nach. Im Fokus stehen dabei neben den Machtverhältnissen und den Vergütungen der Aufsichtsräte auch wieder Corporate-Governance-Themen wie Zeitaufwand, Altersstruktur und Zugehörigkeitsdauer zum jeweiligen Gremium.

Die DSW hat erneut die Strukturen der DAX-Aufsichtsräte untersucht – und die Ergebnisse ihrer 2016er-Studie vorgestellt: „Neuer Spitzenreiter der Liste der einflussreichsten Aufsichtsräte ist der Vorjahreszweite Ulrich Lehner. Und das, obwohl er bei der Deutschen Telekom, wo er nach wie vor den Aufsichtsratsvorsitz innehat, nicht mehr im Prüfungsausschuss vertreten ist“, erläutert Christiane Hölz, Landesgeschäftsführerin NRW bei der DSW und Hauptverantwortliche der Untersuchung.

34 der 261 Mandate im DAX wurden neu besetzt. Obwohl der Anteil der neu zu besetzenden Positionen deutlich geringer war als noch in den beiden vorangegangenen Jahren, hat sich dadurch in der Liste der einflussreichsten Kontrolleure einiges verändert. So ist Werner Wenning, der von 2013 bis 2015 den ersten Platz einnahm, auf Rang sechs zurückgefallen. Grund ist, dass er nicht mehr im Aufsichtsrat des Energieversorgers E.ON vertreten ist.

Ein echter Aufsteiger ist der ehemalige SAP-Finanzvorstand Werner Brandt, der im vergangenen Jahr noch nicht unter den TOP 10 zu finden war. Sein Wechsel an die Spitze des Aufsichtsrats bei RWE und der Aufstieg von ProSiebenSat.1 in den DAX, wo er seit 2014 ebenfalls dem Kontrollgremium vorsitzt, haben ihn auf Platz zwei der Liste katapultiert. Karl-Ludwig Kley, der im Ranking des Vorjahres mit seinem elften Platz noch der am höchsten platzierte aktive Vorstand war, liegt jetzt punktgleich mit Herrn Brandt auf Rang zwei. Nachdem er seine Karriere als Vorstandschef bei der Merck KGaA beendete, folgte er Werner Wenning als Vorsitzender des E.ON-Aufsichtsrates nach.

Eine Frau findet sich unter den Führenden des Rankings weiterhin nicht. Mit Ann-Kristin Achleitner taucht der erste weibliche Aufsichtsrat auf Rang 16 auf. Die Professorin für Betriebswirtschaftslehre sitzt bei der Deutschen Börse, Linde und der Münchener Rück im Kontrollgremium. Insgesamt finden sich unter den TOP 50-Aufsichtsräten des Rankings lediglich fünf Frauen.

Ein weiterer wichtiger Aspekt, gerade auch im Hinblick auf die wachsende Arbeitsbelastung der Aufsichtsräte, ist die Altersstruktur. Der Corporate Governance Kodex empfiehlt die Einführung einer Altersgrenze. Eine exakte Zahl wird allerdings nicht genannt. „Ziel war es, eine bewusste Auseinandersetzung des Aufsichtsrats mit seiner Zusammensetzung unter Erhaltung der notwendigen Flexibilität für den Einzelfall anzuregen“, erläutert Jella Benner-Heinacher, stellvertretende Hauptgeschäftsführerin der DSW. 26 der 30 DAX-Unternehmen haben eine solche Regelaltersgrenze für Mitglieder des Aufsichtsrats eingeführt.

Die Analyse zeigt, dass die DAX30-Unternehmen für die Bestimmung der Altersgrenze an unterschiedliche Zeitpunkte anknüpfen. Während einige auf den Zeitpunkt der Mitgliedschaft im Aufsichtsrat abstellen, sehen andere ein maximales Alter zum Zeitpunkt der Wahl vor. Wieder andere setzen das Erreichen des Regelalters in Bezug zum Zeitpunkt der nächsten Hauptversammlung.

Die unterschiedliche Handhabung der Regelaltersgrenze führt dazu, dass das tatsächlich mögliche Regelalter eines DAX30-Aufsichtsrats höher ist, als es auf den ersten Blick den Anschein hat. Es liegt zwischen 70 Jahren (bei Allianz, BMW und Deutsche Bank) und 79 Jahren (bei Volkswagen und Vonovia). Am häufigsten wird im DAX30 eine Regelaltersgrenze von 75 Jahren für Aufsichtsräte festgelegt. Zwei Unternehmen, E.ON und die Deutsche Telekom, haben ihre Regelaltersgrenze übrigens in diesem Jahr nach oben gesetzt.

Über alle untersuchten Unternehmen hinweg liegt das durchschnittliche Alter eines Aufsichtsrats im DAX30 bei 58 Jahren. Dabei zeigen sich deutliche Unterschiede sowohl bei den Banken als auch differenziert nach Geschlecht.

In eigener Sache: DSW baut Einfluss in Europa massiv aus

Die Kapitalmarktunion in Europa zu schaffen ist eines der wichtigsten Ziele der EU. In der Praxis sorgen Expertengremien dafür, dass für diese Union die richtigen Weichen gestellt werden. Ab sofort ist auch die DSW an entscheidender Position vertreten, um den Prozess aktiv mit zu gestalten.

Christiane Hölz, Landesgeschäftsführerin NRW und Europa-Expertin der DSW, wurde nun zur stellvertretenden Vorsitzenden des hochkarätig besetzten Stakeholder-Beirats (MSG) der europäischen Wertpapieraufsichtsbehörde ESMA gewählt.

„Wir beglückwünschen Frau Hölz sehr zu ihrer Wahl. Es ist ein Vertrauensbeweis in Ihr fundiertes Fachwissen. Und für die DSW gleichzeitig die Chance, den Einfluss in Europa massiv auszubauen“, erläutert Marc Tüngler, Hauptgeschäftsführer der DSW.

Die SMSG besteht aus insgesamt 30 Mitgliedern, die aus den verschiedensten europäischen Nationen kommen. Das in Paris beheimatete Beratergremium repräsentiert die wichtigsten Beteiligungsgruppen der ESMA – Anleger, Nutzer von Finanzdienstleistungen, Finanzmarktbeteiligte, Vertreter kleiner und mittelständischer Unternehmen und Akademiker.

Aufgabe der SMSG ist es, den Austausch zwischen den Stakeholdern und der ESMA zu fördern und die Arbeit der ESMA beratend zu unterstützen. Nicht zuletzt die Umsetzung der Marktmissbrauchsverordnung, bei der die ESMA die entscheidenden Guidelines erarbeitet hat, zeigt, wie wichtig hier eine angemessene Anlegervertretung ist.

Christiane Hölz vertritt im Expertengremium auch die Interessen der europäischen Investorenvereinigung BETTER FINANCE, deren deutsches Mitglied die DSW ist. „Ich bin seit 2015 im Gremium. Und für mich war das von Anfang an eine spannende Herausforderung und eine große Ehre. Die Berufung zur stellvertretenden Vorsitzenden zeigt nun aber auch den Stellenwert, den Investoren aus Deutschland allgemein und die DSW als große Anlegerschutzorganisation im Speziellen für die europäischen Gremien und die Zukunft des gemeinsamen Kapitalmarkts haben“, so Hölz.

Aufgaben hat das Expertengremium genug: „Die SMSG kann zu allen Aufgaben der ESMA eine Stellungnahme oder eine Empfehlung abgeben, insbesondere zur Ausarbeitung von Technischen Standards/Leitlinien, zum Aufbau einer gemeinschaftlichen Aufsichtskultur sowie einer einheitlichen Aufsichtspraxis, zur Begutachtung nationaler Behörden und zur Bewertung von Marktentwicklungen“, erläutert DSW-Expertin Hölz Arbeitsweise und Aufgabenspektrum des Gremiums.

2015 sah das Arbeitsprogramm des Beratergremiums Themen vor, wie zum Beispiel: Aufsichtsconvergenz in Europa, einheitliches Regelwerk (Single Rulebook) unter anderem mit den Schwerpunkten Anlegerschutz nach MiFID II (unabhängige Anlageberatung, Kosten, Produktintervention), Marktmissbrauchsverordnung, Prospektverordnung, Kapitalmarktunion, verpackte Anlageprodukte für Kleinanleger (PRIIPs) und Verbesserung der Unternehmensberichterstattung.

HAC-Marktkommentar: Was sagt die technische Analyse zur Lage an der Börse?

Liebe DSW-Mitglieder,

der deutsche Leitindex konnte in der Woche vom 17. bis 21. Oktober deutlich zulegen. Das reine Chartbild des DAX sieht konstruktiv aus. Es lässt dem Index Platz für weitere Kursanstiege bis an das obere Bollinger-Band bei circa 11.000 Punkten. Was stört ist die fehlende Marktbreite. Nur etwa die Hälfte der 160 deutschen Indexaktien (DAX, MDAX, SDAX und TecDAX) weist positive Kurzfristtrends auf. Fast jede dritte Aktie (52) verzeichnet im Wochenvergleich Kursverluste. Der MDAX kann den positiven DAX-Vorgaben auch in dieser Woche nicht folgen und tritt auf der Stelle. Dem TecDAX geht es ähnlich. Das alles wird garniert von Extremwerten im VDAX-NEW (Volatilitätsindex). Sie zeigen eine Sorglosigkeit an, wie sie in den Jahren 2015 und 2016 nur selten zu sehen war. Auch wenn dies kein unmittelbares Ende der Kursanstiege im DAX zur Folge haben muss, so ist dies doch als Warnsignal zu interpretieren, dass die Bäume nicht in den Himmel wachsen. Sorglosigkeit ist keine solide Basis für nachhaltig positive Kursentwicklungen.

Auch Europas Aktien konnten kräftig zulegen, gleichwohl gibt es mehrere Schönheitsfehler. Bei einem so kräftigen Kursanstieg sollte man annehmen, dass die kurzfristigen Trendstrukturdaten sich signifikant verbessern. Doch ein Blick auf diese Daten zeigt, dass die Verbesserungen nur marginal ausfallen. Aus dem DJ STOXX 600 verzeichnen 206 Aktien Kursverluste und auch nur gut die Hälfte weist positive Kurzfristtrends auf. Der zweite Schönheitsfehler ist die geringe Volatilität. Der VSTOXX zeigt so viel Sorglosigkeit an wie selten in den vergangenen drei Jahren. Es könnte sein, dass die Märkte in eine Hausse zurückwollen. Dann wäre die Sorglosigkeit typisch. Aber selbst in Haussephasen zeigt die extreme Sorglosigkeit an, dass die bevorstehenden Chancen nicht allzu hoch sind. Man sollte also vorsichtig sein und auf bessere Kaufgelegenheiten in den kommenden Wochen warten.

Ihr
 Wolfram Neubrandner
 Hanseatischer Anleger-Club (HAC)

Weitere Informationen zum Hanseatischen Anleger-Club finden Sie unter www.hac.de.

(Haftungsausschluss: Dieser Kommentar wurde nur zu Informationszwecken erstellt. Er ist kein Angebot zum Kauf/Verkauf oder zur Zeichnung von Wertpapieren oder sonstigen Anlageinstrumenten).



Das ewige Widerrufsrecht bei Lebensversicherungen

Verbraucher, die einen Lebensversicherungsvertrag abgeschlossen haben, sind über Jahre und Jahrzehnte an diesen Vertrag gebunden, ohne diesen ohne große Verluste rückgängig machen zu können. Hier hat nun der Bundesgerichtshof dem Versicherungsnehmer die Möglichkeit gegeben, seinen Versicherungsvertrag zu widerrufen, wenn und soweit dieser vor dem 01. Januar 2008 abgeschlossen wurde. Das Widerrufsrecht ist nicht befristet, so dass Daniela Bergdolt, Vizepräsidentin der DSW, von einem „ewigen Widerrufsrecht“ spricht.

Das Versicherungsvertragsgesetz sah in seinem § 5 a Absatz 2 (gültig bis zum 31. Dezember 2007) eine Widerrufsfrist von einem Jahr vor. Versicherungsverträge sollten nur innerhalb eines Jahres widerrufen werden können, selbst dann, wenn die Widerrufsbelehrung fehlerhaft ist. Der Bundesgerichtshof hat festgestellt, dass diese gesetzliche Regelung nicht für Lebens- und Rentenversicherungen gilt.

Für den einzelnen Versicherungsnehmer bedeutet dies, dass er selbst heute noch seine Lebensversicherung widerrufen kann mit der Folge, dass er sämtliche Beiträge, die er in die Versicherung eingezahlt hat, zurückerstattet bekommt. Soweit es sich um eine Lebensversicherung handelt, wird von diesen Beträgen ein Teilbetrag für die Absicherung des Risikos „Leben“ abgezogen werden. Eine sogenannte Risikoprämie kommt also in Abzug.

Zu den Versicherungsbeiträgen sind Zinszahlungen hinzuzurechnen. Dieser Zinssatz ist individuell für die einzelnen

Lebensversicherungen verschieden. Die Lebensversicherung hat hierüber Auskunft zu erteilen und entsprechend abzurechnen.

Bei der Rückabwicklung muss der Verbraucher aber auch daran denken, dass er möglicherweise seine Lebensversicherungsbeiträge als Sonderausgaben bei der Steuererklärung abgesetzt hat. In diesem Falle muss er ersparte Steuern dann zurückerstatten.

Der Rücktritt kann auch dann noch erklärt werden, wenn die Lebensversicherung bereits zurückgekauft wurde und der Versicherungsnehmer einen hohen Abschlag für Kosten der Lebensversicherung in Kauf genommen hat. Wird hier der Rücktritt erklärt, muss eine Neuberechnung ange stellt werden, die meist zugunsten des Versicherungsnehmers ausgeht.

Damit gibt es für den Versicherungsnehmer nun eine elegante Möglichkeit, sich von Lebensversicherungsverträgen zu trennen, an die er sonst über Jahrzehnte gebunden wäre. Diesen Weg sollte er dann wählen, wenn er das Geld benötigt, die Renditen nicht absehen kann und befürchtet, dass seine Versicherungsgesellschaft auf Grund der Niedrigzinspolitik in Schwierigkeiten geraten könnte.

Für etwaige Rückfragen steht Ihnen Daniela Bergdolt zur Verfügung.
Frau Bergdolt ist Vizepräsidentin der DSW.

Sie erreichen Frau Bergdolt unter:
Tel.: (089) 386654-30
www.ra-bergdolt.de



Wachsende Wirtschaft

In den letzten Monaten des Jahres nimmt Deutschlands Konjunktur weiter Fahrt auf. Davon profitiert auch die Eurozone. In den USA präsentiert sich derweil die Wirtschaft kurz vor den Präsidentschaftswahlen in solider Form. Und auch aus Asien kommen positive Signale.

Die Mitte Oktober veröffentlichten deutschen Exportdaten deuteten bereits an, dass sich die Wirtschaft hierzulande weiter auf Expansionskurs befindet. Im August legten die Ausfuhren so stark wie seit über sechs Jahren nicht mehr zu. Im Vergleich zum Vormonat stiegen sie um 5,4 Prozent. Im Jahresvergleich kletterten sie sogar um fast 10 Prozent auf 96,5 Milliarden Euro. Die guten außenwirtschaftlichen Bedingungen sorgen für Zuversicht in den Vorstandsetagen deutscher Konzerne. Das belegt der ifo-Index, der im Oktober mit 110,5 Punkten den höchsten Stand seit April 2014 erklimmen konnte. Auch die Geschäftserwartungen der Manager sind wie bereits im September gestiegen.

Spanien mit stärkstem Wachstum in der Eurozone

Dementsprechend stark entwickelten sich auch die Einkaufsmanger für Dienstleistungen und der Industrie. Im Oktober stieg der Index für das verarbeitende Gewerbe um 0,8 auf 55,1 Punkte. Der Service-Index legte sogar um 3,2 auf 54,1 Zähler zu. Auch auf EU-Ebene lassen sich die Zahlen sehen. Der EU-Einkaufsmanger für die Industrie kletterte dank der starken Entwicklungen in Deutschland und Frankreich um 0,7 auf 53,3 Punkte. Der Dienstleistungssektor notierte im Oktober 1,4 Punkte höher auf 53,5 Zählern. Haupttreiber des Anstiegs waren die nach wie vor starke Konsumententwicklung in Deutschland und die verbesserte globale Konjunkturlage. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) der Eurozone wuchs daher im dritten Quartal um 0,3 Prozent. Angeführt wurde der Euroraum vom starken Wachstum Spaniens. Das BIP legte von Juli bis September um 0,7 Prozent zu.

Die optimistische Grundstimmung lässt auch das Economic Sentiment von 104,9 auf 106,3 Punkte steigen und bringt weiteren Schwung in den Arbeitsmarkt. Im Oktober sanken die Arbeitslosenzahlen um 68.000 auf 2,5 Millionen, womit der 25-jährige Tiefststand aus dem Vormonat abermals unterboten wurde. Einziger Wermutstropfen angesichts der starken Arbeitsmarktdaten ist die leichte Zurückhaltung der Konsumenten. Im November sank der Konsumklimaindex von 10 auf 9,7 Punkte. Zwar bewerteten die befragten Konsumenten die gesamtwirtschaftlichen Aussichten positiv, allerdings befürchteten sie negative Einkommensaussichten und eine Verschlechterung der Ausgabensituation aufgrund steigender Ölpreise.

US-Konjunktur wächst weiter

In den USA rücken angesichts der bevorstehenden Präsidentschaftswahlen die Konjunkturdaten ein wenig in den Hintergrund – allerdings zu Unrecht. Denn die größte Volkswirtschaft der Welt schreitet weiter auf ihrem Wachstumspfad. Der ISM-Einkaufsmangerindex der Industrie stieg um 0,4 auf 51,9 Punkte. Der Index für die Dienstleistungen sprang sogar um 2,5 Punkte auf 54,8 Zähler nach oben. Die Arbeitsmarktdaten hingegen hinkten leicht hinterher. Laut dem privaten Datenanbieter ADP wurden im Oktober 147.000 neue Stellen geschaffen – deutlich weniger als erwartet.

Japanische Daten machen Hoffnung

In Asien wusste vor allem Japan zu überzeugen. Zwar sanken die Exporte im September um fast 7 Prozent, die Importe sogar um über 16 Prozent. Allerdings waren Volkswirte im Vorfeld von noch schwächeren Zahlen ausgegangen, was die Hoffnung steigen lässt, dass die lockere Geldpolitik der Bank of Japan und die massiven konjunkturstützenden Maßnahmen der Regierung Shinzo Abe allmählich ihre Wirkung entfalten. Die Industrieunternehmen auf der Insel können bereits jetzt davon profitieren. Der Einkaufsmanger der Industrie kam im Oktober auf 51,7 Punkte, womit er deutlich über der Wachstumsschwelle von 50 Punkten notierte.



Kalte Jahreszeit, heiße Börsen

Egal ob in Europa, den USA, Südamerika oder Asien – weltweit hatten sich die Börsen auf die Jahresendrally vorbereitet. Doch der sich zuspitzende US-Wahlkampf macht den Aktienmärkten einen Strich durch die Rechnung.

Im Oktober erklimm der deutsche Leitindex DAX bei 10.827 Punkten zwischenzeitlich ein neues Jahreshoch. Angetrieben wurde er dabei von starken Konjunkturdaten. Auch die deutsche Bilanzsaison wusste zu überzeugen. Im dritten Quartal konnte eine Vielzahl der Unternehmen mit guten Zahlen überzeugen. Neben Daimler, SAP und Bayer überraschten vor allem die krisengeplagte Deutsche Bank mit einem Gewinnplus von knapp 300 Millionen Euro und VW, die trotz bevorstehender milliardenschwerer Zahlungen infolge des Dieselskandals in den USA, ebenfalls schwarze Zahlen präsentierten.

Auch von geldpolitischer Seite hätten die Kurse eigentlich Rückenwind bekommen müssen. Die Europäische Zentralbank (EZB) bestätigte bei ihrer vergangenen Zinssitzung den expansiven Kurs. EZB-Präsident Mario Draghi ließ zudem durchblicken, weitere Maßnahmen ergreifen zu können, sollte die Inflation nicht steigen und die Kreditvergabe der Banken an die Konzerne weiter schleppend verlaufen. Damit schlägt die Zentralbank einen gegensätzlichen Kurs zur Federal Reserve ein, die bei ihrer neuerlichen Zinssitzung Anfang November angedeutet hatte, im Dezember den Leitzins wieder zu erhöhen.

US-Wahlkampf bringt Börsen durcheinander

Doch weder stieg Ende Oktober der Dollar-Kurs, noch konnten die Börsen ihre Gewinne halten. Der wieder enger gewordene US-Wahlkampf lässt den Greenback an Wert verlieren und die Aktienmärkte an Kraft. Anfang November wurde

ein Euro mit über 1,11 Dollar bewertet. Der Dax wiederum rutschte von seinem Jahreshoch in der letzten Woche des Oktobers so stark ab, dass er bei einem Kurs von 10.230 Punkten auf Monatssicht einen Kursverlust von fast 3 Prozent hinnehmen musste. Neue Ermittlungen im Zuge der E-Mail-Affäre rund um Hillary Clinton haben die Wahl in den USA noch einmal spannend gemacht. Der zuletzt abgeschlagene republikanische Kandidat Donald Trump konnte wieder Boden gutmachen, was von den Finanzmärkten mit Sorge aufgenommen wurde. Der Republikaner gilt an den Märkten als unberechenbar und schädigend für die Wirtschaft. Die US-Wahl dürfte auch ein Grund sein, weshalb die Fed von einer Leitzinsanhebung im November abgesehen hat. Die starken Konjunkturdaten und der robuste Arbeitsmarkt in den USA hätten eigentlich bereits schon jetzt eine Zinserhöhung legitimiert. Sollte Donald Trump die Wahl tatsächlich gewinnen, worauf aber bislang die wenigsten Prognosen schließen lassen, könnte auch der Zeitplan der Federal Reserve durcheinanderkommen.

Anleger greifen wieder bei Gold zu

Das wieder enger gewordene Rennen um das Weiße Haus hat auch bei den US-Wählern Eindruck hinterlassen. Der Dow Jones, der im Oktober zwischenzeitlich nur noch 2,5 Prozent von einem Allzeithoch entfernt war, sackte auf Monatssicht fast 2 Prozent ins Minus ab. Für Belastung sorgten neben den Wahlen auch die sinkenden Ölpreise. Aufkommende Zweifel bezüglich einer Einigung auf eine Förderbegrenzung der Opec ließen die Ölpreise wieder unter die 50-Dollar-Marke absinken. In den vergangenen 30 Tagen rutschte der Barrel-Preis um fast 10 Prozent auf rund 46 Dollar ab. Der US-Wahlkampf und die sinkenden Börsenkurse trieben die Anleger in den vermeintlich sicheren Goldhafen. Folge: In den letzten Tagen des Oktobers legte der Preis des Edelmetalls kräftig zu und kletterte über die Marke von 1.300 Dollar je Feinunze.

Veranstaltungen

Aktien- und Anlegerforen

Im Rahmen unserer **kostenfreien und für jedermann zugänglichen** Aktien- und Anlegerforen präsentieren sich deutsche und internationale Publikumsgesellschaften. So können sich auch Privatanleger aus Quellen informieren, die sonst nur institutionellen Investoren und Analysten eröffnet sind - so z.B. der unmittelbaren Diskussion mit dem Management. Alle Aktienforen beginnen jeweils um 18:30 Uhr und enden um ca. 21:00 Uhr.

Anmeldungen für alle Aktienforen bitte an:
seminare@dsw-info.de

➤ **Veranstaltungsübersicht**



Derzeit sind Veranstaltungen in folgenden Städten geplant:

Datum	Ort
09. November	Hannover
10. November	Wiesbaden
15. November	Heidelberg

Terminverschiebungen sind grundsätzlich möglich. Bitte besuchen Sie daher unsere Veranstaltungsseite auf www.dsw-info.de oder wenden sie sich an seminare@dsw-info.de. Dort finden Sie weitere Termine und können sich auch für obige Aktienforen anmelden. Die Teilnahme an den Aktienforen ist kostenlos.

Impressum

DSW – Deutsche Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz e.V.

Peter-Müller-Str. 14 40468 Düsseldorf
 Tel.: 0211-6697-02 Fax: 0211-6697-60
 E-Mail: dsw@dsw-info.de www.dsw-info.de

GESCHÄFTSFÜHRUNG:

Marc Tüngler (Hauptgeschäftsführer), Jella Benner-Heinacher (stv. Hauptgeschäftsführerin), Thomas Hechtfisher (Geschäftsführer)

Vereinsregister, Registergericht Düsseldorf - Registernummer VR 3994

REDAKTION:

Christiane Hölz (DSW e. V.)
 Franz von den Driesch (newskontor GmbH)

Alle im DSW-Newsletter publizierten Informationen werden von der Redaktion gewissenhaft recherchiert. Für die Richtigkeit sowie für die Vollständigkeit kann die Redaktion dennoch keine Gewähr übernehmen.

WERBUNG:

DSW Service GmbH - Peter-Müller-Str. 14 - 40468 Düsseldorf

GESCHÄFTSFÜHRUNG:

Thomas Hechtfisher, Marc Tüngler

ANSPRECHPARTNER:

Christiane Hölz, 0211-6697-15; christiane.hoelz@dsw-info.de
 Handelsregister, Amtsgericht Düsseldorf unter HR B 880
 Steuer-Nr. 105/5809/0389; USt-ID-Nr. 119360964

TECHNISCHE UMSETZUNG:

Zellwerk GmbH & Co. KG

BILDNACHWEIS:

Seite 1 und 2: Matthias Sandmann; Seite 3: © industrieblick - Fotolia.com; Seite 6: © © aruba2000 - Fotolia.com; Seite 1-6 & 9: © H-J Paulsen - Fotolia.com; Seite 7: © EvrinKalinbacak - Fotolia.com; Seite 8: © Petrus Bodenstaff - Fotolia.com; Seite 9: © gena96 - Fotolia.com

1947 gegründet

1 Zentrale und 8 Landesverbände

Mehr als 25 000 Mitglieder

Dachverband der 7000 deutschen Investmentclubs

52-mal pro Jahr kostenlos das Wirtschaftsmagazin FOCUS-MONEY

Über 100 Seminare p. a. speziell für Anleger

Interessenvertretung auf über 650 Hauptversammlungen

Griechenland-Arbeitsgemeinschaft

Unabhängige und interessenfreie Informationen über Ihre Anlagen

Analyse und kritische Bewertung der Management-Aktivitäten

Kostenlose außergerichtliche Erstberatung der DSW-Mitglieder



Nutzen Sie die Kompetenz von FOCUS-MONEY

Sie wollen detaillierte Hintergrundinformationen und seriöse Anlagetipps? DSW-Mitglieder erhalten FOCUS-MONEY, Deutschlands modernes Wirtschaftsmagazin, im kostenlosen Abonnement wöchentlich frei Haus.



Deutsche Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz e. V.

JA! Ich möchte DSW-Mitglied werden

Name, Vorname _____

Straße, Nr. _____ PLZ, Ort _____

Datum, Unterschrift _____

Den Jahresbeitrag in Höhe von €125,00 zahle ich per Rechnung bequem durch Bankeinzug

Bank _____

Kontonummer _____ BLZ _____

Coupon bitte vollständig ausfüllen und unterschreiben.
Per Post senden an:
DSW –
Deutsche Schutzvereinigung
für Wertpapierbesitz e. V.
Postfach 350163
40443 Düsseldorf
Telefon: 02 11/66 97 01 oder 02 11/66 97 22
Telefax: 02 11/66 97 60
Internet: www.dsw-info.de
E-Mail: dsw@dsw-info.de

